

Esmarchstraße 4 · 23795 Bad Segeberg

Telefon (0 45 51) 20 80 · Telefax (0 45 51) 9 39 94
e-mail: info@marburger-bund-sh.de

Bankkonto:
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG., Lübeck (BLZ 230 926 20) 000 184 1548
Sprechzeiten: Mo.-Do. 8.00-16.30 Uhr, Fr. 8.00-13.00 Uhr und nach Vereinbarung



Sozialausschuss des schleswig-holsteinischen Landtags
Düsternbrooker Weg 70

Bad Segeberg, den 07.07.2023

24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1773

Betreff: Drucksachen 20/707 und 20/749

Sehr geehrte Frau Rathje-Hoffmann,

wir bedanken uns für die Möglichkeit einer Stellungnahme zu den im Betreff genannten Drucksachen.

Ausweislich des Protokolls der 24. Sitzung des schleswig-holsteinischen Landtags sind sich alle Rednerinnen und Redner darin einig, dass attraktive Arbeitsbedingungen unerlässlich sind.

Flexibilität wird dabei wiederholt als wichtiges Instrument genannt, letztlich für beide Seiten, also die Arbeitgeber*innen, als auch die Arbeitnehmer*innen.

Die Mitglieder des Marburger Bundes sind überwiegend in den Krankenhäusern Schleswig-Holsteins beschäftigt. Flexibilität in Bezug auf die Dienstplanung spielt auch bei den Ärztinnen und Ärzten eine große Rolle.

Diese Flexibilität hat zwei Seiten: wir sprechen einmal von positiver und zum anderen von negativer Flexibilität.

Positive Flexibilität zeichnet sich dabei dadurch aus, dass auf Wünsche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Dienstenteilungen Rücksicht genommen wird.

Negative Flexibilität bedeutet dagegen, dass auf Wünsche keine Rücksicht genommen wird / genommen werden kann. Zusätzlich kommt hier dazu, dass man sich nicht auf Dienstpläne verlassen kann und ständig damit rechnen muss, auch an freien Tagen einspringen zu müssen.

Leider müssen wir feststellen, dass in den vergangenen Jahren die negative Flexibilität immer mehr Raum einnimmt. Dieser Umstand gepaart mit einer ebenso feststellbaren Zunahme an Arbeitsverdichtung im Alltag führt dazu, dass die Arbeitsbedingungen im Krankenhaussektor zunehmend als unattraktiv bezeichnet werden.

Als Gewerkschaft verhandelt der Marburger Bund Tarifverträge für die angestellten Ärztinnen und Ärzte in Krankenhäusern. Wir wagen zu bezweifeln, dass unsere Mitglieder eine tarifvertragliche Regelung, die einen 13-Stunden-Tag ermöglichen würde, als Option zur Steigerung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen ansehen würden.

Tatsächlich können wir ganz eindeutig festhalten, dass unsere Mitglieder dieses Ansinnen ablehnen.

Auch wagen wir zu bezweifeln, dass bestimmte private Betreiber von Krankenhäusern, die sich über Jahre als keine Freunde von Tarifverträgen ausgezeichnet haben, durch eine solche Bestimmung veranlasst werden, einen Tarifvertrag abzuschließen.

Unabhängig davon bleibt festzuhalten, dass das Arbeitszeitgesetz und auch arbeitszeitrelevante tarifvertragliche Bestimmungen heute schon viele Spielräume ermöglichen.

Auch wäre es – für den Krankenhaussektor gesprochen – zu kurz gegriffen, einseitig den Arbeitgeber*innen die Schuld zuweisen zu wollen, wenn es um die fehlende Attraktivität der Arbeitsbedingungen geht.

Wobei wir durchaus im Rahmen von Tarifverhandlungen feststellen müssen, dass Verhandlungen, die Arbeitsbedingungen im Focus haben, ausgesprochen schwierig sind. Da sehen wir durchaus mehr Potential.

Wir kommen in diesem Zusammenhang aber nicht umhin, auf die Rahmenbedingungen, die den Krankenhaussektor betreffen, einzugehen.

Der Investitionsstau in den Krankenhäusern im Land ist bekannt, auch der schleswig-holsteinische Landtag hat sich in der Vergangenheit wiederholt damit beschäftigt.

Das Fallpauschalensystem für die Bezahlung der erbrachten Behandlungen an den Patientinnen und Patienten ist aus Sicht des Marburger Bundes als gescheitert zu bezeichnen.

Dazu kommen dann auch noch private Anbieter, deren Aufgabe es ist, aus dem Gesundheitssystem eine Rendite zu erwirtschaften.

Über viele Jahre wurden Einsparungen in den Krankenhäusern durch personelle Maßnahmen vorgenommen. Hier ist aber schon lange der Punkt erreicht, der keine weiteren Maßnahmen zulässt.

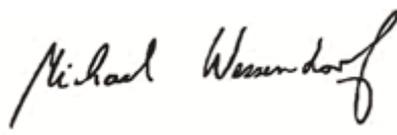
Folge dieser Maßnahmen ist eben die besagte negative Flexibilität. Die Personaldecke ist so dünn, dass ein Ausfallmanagement für z.B. kurzfristige Erkrankungen gar nicht möglich ist. Ein geplantes „frei“ ist so nichts wert, weil eigentlich ständig zu befürchten ist, dass eine Kollegin / ein Kollege ausfällt und dieser Dienst dann ja besetzt werden muss.

Sowohl im ärztlichen als auch im pflegerischen Bereich gibt es einen starken Anstieg an sogenannten „Honorarkräften“. Diese ehemaligen Mitarbeiter*innen haben die Anstellung aufgegeben, um über diesen Weg wieder Souveränität über ihr Leben zu erlangen.

Wir benötigen auskömmliche Rahmenbedingungen im Krankenhausbereich. Wenn die Krankenhäuser ausreichend Personal vorhalten können, werden die Arbeitsbedingungen attraktiver werden, dann kann es auch wieder mehr positive Flexibilität geben.

Wir sind auf den weiteren Dialogprozess gespannt und stehen gerne als Ansprechpartner zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Michael Wessendorf". The signature is written in a cursive style and is enclosed in a thin black rectangular border.

Michael Wessendorf
Vorsitzender Marburger Bund Schleswig-Holstein